

Rede von Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zum Thema: „Erfolgreiches Regieren in schwierigen Zeiten“ (Auszüge aus dem Ausführlichen Bericht der Plenarsitzung vom 13. Dezember 2012)



Parlament
der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin,
Kolleginnen und Kollegen!

Bedeutung des Haushaltes

(...)Im Grunde hat sich bewahrheitet, was ich in der Plenarsitzung vom 22. Oktober 2012 bei der Vorstellung des Haushalts vorhergesagt habe: Die Mehrheit unterstützt den Haushaltsentwurf der Regierung und die Opposition kritisiert ihn. Dennoch wird der Haushalt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Anschluss an diese Diskussion verabschiedet werden. Dank dieser Verabschiedung kann die Regierung unverzüglich mit der Ausführung des Haushalts beginnen. Wie jedes Jahr wird sie sich an die Arbeit machen und auch diesen Haushalt möglichst pfleglich, gewissenhaft und ergebnisorientiert ausführen. In diesem Jahr geht es um 270,5 Millionen Euro sowie um die nicht durch Dotationen gedeckten Ausgaben der paragemeinschaftlichen Einrichtungen und sonstigen Dienste in einer Höhe von rund 13 Millionen Euro. Das ist eine nicht unerhebliche Summe, mit der, allen Bemerkungen und Unterstellungen zum Trotz, vor allem ein breites Spektrum an Dienstleistungen, die im Leben der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien eine ganz große Rolle spielen, abgesichert, weiterentwickelt und punktuell sogar verbessert wird. Mit diesem Haushalt werden auch 4.000 Gehälter gezahlt, die für viele Personen und deren Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine wichtige Existenzgrundlage bilden. Wie Sie wissen, gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft insgesamt rund 21.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und etwa 5.000 hauptberufliche Selbstständige. Dank dieses Haushalts werden auch die Sparmaßnahmen umgesetzt, über die wir im Frühjahr dieses Jahres ausführlich gesprochen haben. Wie in jedem Jahr wird es im Anschluss an die heutige Verabschiedung des Haushalts auch ein Sammel- und ein Programmdekret geben.

Schlagabtausch Mehrheit – Opposition

(...) Diese Haushaltsdebatten, die offensichtlich trotz ihres zeitlichen Umfangs von den Bürgerinnen und Bürgern sehr intensiv an den Fernsehbildschirmen verfolgt werden, bieten ihnen die Gelegenheit, viele Informationen zu Details zu entdecken und sich vor allem ein Bild von den Zielen zu machen, für die sich die von ihnen ins Parlament gewählten Politikerinnen und Politiker in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzen.

Bei den Vorstellungen von Mehrheit und Opposition geht es eigentlich immer um dasselbe. Die Mehrheit unterstützt die Regierung, weil sie das, was sie zum Haushalt zu sagen hat, bereits im Vorfeld der Debatte in der langen und keineswegs immer einfachen Konzertierung zwischen Parlamentariern der Mehrheit und Regierung hat vorbringen können, und die Opposition kritisiert, kritisiert und kritisiert. Wenn es gut geht, bringt sie auch einige scheinbare oder sogar effektive Alternativen zur Sprache.

Was hat es nun in diesem Jahr mit der Kritik der Opposition auf sich? Was ist von dem Gesagten zu halten? Wie so oft in diesem Hause wurde maßlos übertrieben: Lediglich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist nicht die Krise, sondern die Regierung für die Sparzwänge verantwortlich. Hier bei uns ist es nicht so wie mit den Billionen an Defizit in den USA, wie mit den großen Defiziten in der Bundesrepublik Deutschland, in Bayern oder in den anderen Gemeinschaften und Regionen Belgiens. Nein, hier ist es die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die nichts von ihrem Handwerk versteht, die alles falsch macht, die das Geld verprasst, unnötige Bauten errichtet und nicht weiß, wie sie das Geld sonst noch irgendwie sinnlos ausgeben kann.

Es kommt noch besser: Wir haben auch erfahren, dass es gar nicht um eine Krise geht, sondern um das Ende einer Ära, um eine neue Variante des von den Mayas angekündigten Weltuntergangs. Das in diesem Zusammenhang wohl skurrilste Trugbild oder Märchen war die Behauptung, dass die kleine Deutschsprachige Gemeinschaft diesen Weltuntergang verhindern könnte, wenn die Regierung einsichtig wäre. (*Gelächter bei ECOLO*) Wo liegen die vermeintlichen Ursachen der finanziellen Engpässe? Sie sind mittlerweile integraler Bestandteil des Hochamtes, weil sie eine richtige Litanei sind. Und Litaneien zeichnen sich ja dadurch aus, dass sie sich wiederholen. Für die finanziellen Engpässe gibt es laut Opposition drei Gründe: eine maßlose Ausgabenpolitik, ein aufgeblähter Verwaltungsapparat mit einem gewaltigen Wasserkopf und drei bis vier unnütze Infrastrukturprojekte. Da liegt der Hase im Pfeffer, darin liegt das Problem unserer Gemeinschaft. Man muss sich in den Dingen nicht sehr gut auskennen, um zu wissen oder zu ahnen, dass es sich hierbei natürlich um eine klassische, nachvollziehbare, jedoch belanglose Oppositionsrhetorik handelt. (...)

Zudem haben verschiedene Redner als Ursache für die finanziellen Engpässe bei der Regierung und insbesondere beim Ministerpräsidenten die übertriebene, nicht enden wollende Sucht ausgemacht, durch die Welt zu reisen, Betriebsausflüge und Empfänge zu organisieren und durch die Gegend zu kommunizieren. Auch das wird mittlerweile langweilig und, wenn man sich die konkreten Zahlen anschaut, sogar lächerlich.

Aufgeblähte Verwaltung?

Dann wird noch von dem „aufgeblähten Verwaltungsapparat der Regierung“ gesprochen. Was für ein Hohn für die Menschen, die Tag für Tag in der Verwaltung ihr Bestes geben und unter manchmal personell äußerst schwierigen Voraussetzungen versuchen, die vielen ihnen von der Regierung auferlegten Aufgaben zu erledigen! Was ein Hohn für diese Menschen! Es stimmt, dass zwischen 2001 und 2012 die Zahl der Vollzeitäquivalenzstellen in unserer Verwaltung von 161,3 auf 220,6 angestiegen ist. Das Warum, Weshalb und Wieso dieses Anstiegs ist hier bis ins kleinste Detail dargelegt und in der Antwort auf die schriftliche Frage Nr. 77 seitenlang erläutert worden. Vonseiten der Opposition wird nie darauf eingegangen, dass es nachweislich keine überflüssigen neuen Mitarbeiter gegeben hat, sondern dass es ein Vorgang ist, der mit der Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft selbst einhergeht, der u. a. Altlasten aus vergangenen Zeiten reguliert hat – ich erinnere an das Personal der *GoE Sport für Alle* –, sodass diese Aufstockung des Personals ganz einfach eine Notwendigkeit war. Es wird auch gar nicht erst versucht zu erklären, welche Stellen denn überflüssig wären. Sie haben ja eine detaillierte Aufstellung über die Personalentwicklung im Ministerium erhalten. Sagen Sie uns bitte, wer da überflüssig ist!

Hinzu kommt noch dieser eklatante Widerspruch, den ich hier gerne zelebrieren würde, wenn die Sache nicht so ernst und traurig wäre. Es wird behauptet, dass wir in unserem ganzen Verwaltungsapparat zu viele Personen beschäftigen. Werden aber in einer Einrichtung aus nachvollziehbaren Gründen vier Stellen gestrichen, dann wird hier gleich der Aufstand geprobt, weil man mit so einer Maßnahme wohl nicht einverstanden sein kann. Dann wird die Regierung von den Personen, die uns gerade noch erklärten, wir hätten viel zu viel Personal, mit allen möglichen und unmöglichen Vorwürfen überhäuft. Ein solches Verhalten ist doch nicht glaubwürdig, es ist ganz einfach lächerlich...

Falsche Infrastruktur- projekte?

Ich kann außerdem noch auf vier angeblich unnütze Infrastrukturprojekte in Eupen eingehen, die Ihnen allen bekannt sind: das neue Parlamentsgebäude, Gospert 42, das Haus Peters im Bellmerin und das Projekt Kloster Heidberg. Es handelt sich um vier wichtige Bestandteile des historischen Kulturerbes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, denn jedes einzelne Gebäude liefert Gründe, die für ihren Erhalt und für eine zukunftsorientierte Zweckbestimmung sprechen. Einiges haben Sie bereits aus dem Munde meiner Kollegin Frau Weykmans gehört. Ich füge noch hinzu, dass der Umbau des ehemaligen Sanatoriums und der Parlamentsumzug im Hinblick auf den Schulbau die größte Sparmaßnahme sind, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft je durchgeführt wurde. Erinnern wir uns an das Infrastrukturkarussell und daran, dass die Pater-Damian-Schule aufgrund dieses Parlamentsumzugs auf eine vernünftige und sehr kostengünstige Art und Weise umgebaut werden kann. Wer das nicht

glaubt, der braucht seine Nase nur aus dem Fenster zu strecken und sich anzuschauen, was hier am Kaperberg passiert. Das allein ist schon ein Argument, aber keineswegs das einzige. Niemand, der hinter dieser Entscheidung steht, braucht sich dafür zu schämen, dass das Parlament über lange Jahr-zehnte vernünftig untergebracht sein wird.

Kommen wir zu Gospert 42. Dafür braucht sich ebenfalls niemand zu schämen. Ohne die Renovierungsmaßnahme der Regierung wäre dieses Haus mitten in der Stadt Eupen eine wüste Ruine geworden. Indem wir die Euregio Maas-Rhein dort untergebracht haben, konnten wir dieses Haus einer sehr sinnvollen Nutzung zuführen, was für die Deutschsprachige Gemeinschaft zweifellos ein wichtiger Standortvorteil ist. Diesbezüglich werden wir in den nächsten drei Jahren im Parlament noch einiges zu diskutieren haben und in Ostbelgien erleben. In Gospert 42 ist auf zwei Etagen ebenfalls das Kabinett des Ministerpräsidenten untergebracht, jedoch sind in diesem Haus vor allem interessante und attraktive Veranstaltungsmöglichkeiten für viele Tausende Menschen geschaffen worden. Im Parlament wird wider besseres Wissen oder aus Dummheit wieder einmal behauptet, dies sei nur der kurfürstliche Palast, den der Ministerpräsident unbedingt haben müsste. Wenn Sie wüssten, was in meinem Leben wichtig ist, dann würden Sie bestimmt nicht solch einen Unfug in die Welt setzen; es sei denn, sie wollten mir an die Karre pinkeln, aber das sei Ihnen gegönnt. (*Vereinzelt Gelächter*)

Gospert 42 ist integraler Bestandteil der tollen Veranstaltungs- und Arbeitsinfrastruktur, die wir in den Gebäuden Ministerium, Klötzerbahn und Gospert 42 aufgebaut haben. Im Jahr 2012 haben dort – nun hören Sie bitte genau zu – rund 3.800 und im Jahr 2011 3.764 Veranstaltungen stattgefunden, an denen im Jahr 2012 insgesamt 34.337 Personen – das ist eine geschätzte Zahl, weil das Jahr noch nicht ganz vorüber ist – und 2011 32.812 Personen teilgenommen haben. Diese Zahlen sollten Sie immer im Kopf haben, wenn Sie verstehen wollen, was hinter der Arbeit auf Regierungs- und Verwaltungsebene steckt. Was ich jetzt sage, wissen die meisten von Ihnen nicht, weil sie nicht über die Statistiken verfügen. Von diesen 34.337 Personen, die an 3.800 Veranstaltungen teilgenommen haben, besuchten 8.102 (23,6 %) 787 Veranstaltungen (20,6 %) in den Räumen von Gospert 42. Wer kann da noch behaupten, dieses Haus sei nur für den Ministerpräsidenten und seine Mitarbeiter? Nein, in Gospert 42 waren in diesem Jahr 8.102 und im Jahr davor 7.104 Personen. Seitdem diese Infrastruktur in Anspruch genommen wird, ist diese Zahl jedes Jahr steigend.

Kommen wir zum Haus Peters im Bellmerin. Wenn es etwas gibt, was mich beim Besuch der Interkommunale nach der Übernahme ihrer Aufsicht schockiert hat, dann waren das die schlechten Bedingungen, unter denen die Musikschüler in Eupen untergebracht sind. Aus dem Kolpinghaus ist zwar das Bestmögliche gemacht worden, aber so kann man junge Menschen, die sich zusätzlich zu ihrer schulischen Ausbildung im musikalischen Bereich ausbilden und betätigen möchten, doch nicht unterbringen. Im Haus Peters können wir ihnen eine neue, viel bessere Unterbringung bieten, die zudem noch komplementäre zum PPP-Projekt ist. Es wäre eine Schande für das Kulturerbe der Deutschsprachigen Gemeinschaft, für die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler der Musikakademie, wenn wir dieses Haus verfallen ließen, statt es zu nutzen.

Kommen wir zum Kloster Heidberg. Dazu hat Kollegin Weykmans das Wichtigste bereits gesagt. Ich wiederhole an dieser Stelle: Dieses Projekt gehört zu den ganz wichtigen Standortinitiativen und Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Kollege Meyer, der hier zu diesem Projekt im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern der CSP-Fraktion sehr mutige, befürwortende Aussagen gemacht hat, gebe ich hundertprozentig recht. Schon bald werden wir sehen, welche wichtige Folgen direkter und indirekter Art diese neue Möglichkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft haben wird. Wir können eine ganze Reihe von Initiativen beherbergen und ergreifen, die bisher nicht möglich sind. Sowohl der DGG *Gemeinschaftszentren* als auch die im wirtschaftlichen Bereich tätigen Beherbergungsbetriebe werden davon profitieren können.

Die Kritik kann man verstehen, aber man sollte sich nicht davon beeindruckt lassen, selbst wenn sie in gewissen Internetforen ihre Fortsetzung findet. Kritik gab es auch, als wir 1995 den BRF gebaut haben. Das war beim Verwaltungsgebäude für das Ministerium nicht anders, das war beim Kultur-, Konferenz- und Messezentrum *Triangel* nicht anders, und das wird auch bei keiner anderen Investition anders sein, die in diesem Bereich durchgesetzt werden muss. Es wird auch mit den Rathäusern und den Bauhöfen der Gemeinden nicht anders sein, denen wir ebenfalls ganz bewusst und trotz Kritik eine prioritäre Bedeutung beigemessen haben, weil wir der Meinung sind, dass die Institutionen unserer Gemeinschaft vernünftig untergebracht sein sollen.

Denen, die uns zuschauen, möchte ich in Erinnerung rufen: Man kann so lange nachkarten, wie man möchte, man kann das Thema noch unendlich oft zur Sprache bringen, unumstößliche Tatsache ist jedoch, dass sich diese vier Projekte in der Umsetzung befinden. Die Handwerker sind bereits am Werk und die Bagger rollen. Aus Sicht der Regierung gehören diese Projekte nicht mehr zur Gegenwart, sondern bereits zur Vergangenheit der Gemeinschaft. Daran ist überhaupt nichts mehr zu ändern! (...)

Finanzlage der DG

Im Folgenden werde ich etwas zur Finanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zu der Art und Weise sagen, wie die Regierung versucht, in den finanziell schwierigen Zeiten erfolgreich zu regieren. Es stimmt uneingeschränkt, dass – wie schon Frau Franzen sagte – der Haushalt keineswegs auf soliden Füßen steht. Ob sie wackelig sind, ist eine Frage der medizinischen Einschätzung dieser Füße, aber auf jeden Fall bewegen wir uns auf dünnem Eis. Das ist völlig klar. Aber – und da hat Kollege Arimont völlig unrecht – wir befinden uns jetzt nicht mehr in dem Würgegriff aus dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, weil wir in der Lage sind, die Dinge durch eine mutige Politikgestaltung aus eigener Kraft in den Griff zu bekommen. Das waren wir damals nicht und da hat uns das Lambermont-Abkommen – das übrigens Ihre Partei, Herr Arimont, nicht ausgehandelt hat – vor einem sehr schlimmen Schiffbruch bewahrt.

Wir haben klare finanzpolitische Ziele: Gegenüber der Föderalregierung haben wir uns zu einem Haushaltspfad verpflichtet, der für den Zeitraum 2012 bis 2014 ein maximales Globaldefizit von 112 Millionen Euro und einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2015 vorsieht. Ein weiteres Ziel ist ab 2020 eine Infrastrukturpolitik ohne anrechenbare Neuverschuldung, was – automatisch die Schuldenfreiheit im Jahr 2038 bedeutet. Das sollte keiner vergessen.

Die Verschuldung der Gemeinschaft ist nicht versteckt, sie ist so transparent dargestellt wie meines Wissens in keiner anderen Körperschaft unseres Landes. Ende 2012 haben wir eine anrechenbare Schuld von 64,6 Millionen Euro. Der Begriff „anrechenbare Schuld“ ist wichtig, weil darauf die Finanzpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft beruht, die sie den entsprechenden Bestimmungen auf belgischer und europäischer Ebene anpassen muss. Die indirekte Schuld, die natürlich auch politisch relevant ist, beläuft sich in der Bilanz auf 11,7 Millionen Euro und wird, wenn alle definitiv gefassten Beschlüsse umgesetzt sind, zusätzliche 64,3 Millionen Euro an alternativen Finanzierungen umfassen. Das bringt uns Ende 2013 zu einer Gesamtschuld von 140,6 Millionen Euro. Die Gesamtschuld betrug schon mal 170,3 Millionen Euro. Dass die Gesamtschuld Ende 2013 geringer sein wird, hat damit zu tun, dass wir unsere Schulden in regelmäßigen Abständen zurückzahlen. Hinzu kommt der in punkto Schuldenbewertung sehr viel schwieriger einzuordnende Aspekt des PPP-Projekts. Dazu gehören die Direkt- und Einmalzahlung in einer Höhe von 73 Millionen Euro und eine Erstinvestition in Höhe von 77 Millionen Euro. Im Laufe der Zeit werden aber eine Erneuerungsinvestition und Funktionskosten hinzukommen, die über die Mietkosten finanziert werden. Das ist eine genaue Darstellung dessen, was wir in Zukunft im Rahmen unserer Infrastrukturpolitik an Verpflichtungen haben werden.

Zurzeit wird unsere Finanzpolitik sehr wesentlich von unserem günstigen Kassenkredit bestimmt. Den können wir so nutzen, wie wir ihn ausgehandelt haben. Solange die günstigen Bedingungen bleiben, werden wir dies auch tun. Wir sind des Weiteren in der Lage, bei Bedarf zu anderen Finanzierungsmöglichkeiten zu wechseln. Hier und heute, am 13. Dezember 2012, nutzen wir den Kassenkredit ganz genau für 13,9 Millionen Euro, was relativ wenig ist. Zudem bemühen wir uns natürlich um neue Einnahmen. So haben wir beispielsweise in der auslaufenden Periode von der EU 12,5 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfond (ESF), aus den Interreg-Programmen auf direktem Wege 3,7 Millionen Euro und über die Wallonische Region weitere finanzielle Mittel, beispielsweise für das Interreg-Projekt RAVeL, erhalten. Wir stehen jetzt vor einer neuen Programmierungsperiode und müssen uns massiv einsetzen, um auch nach 2014 finanzielle Mittel zu erhalten, was in Zeiten, in denen über den mittelfristigen Finanzrahmen der EU sehr kontrovers gestritten wird, keine einfache Sache ist.

Als weitere Einnahmequelle wäre die Wallonische Region zu erwähnen, mit der wir nicht nur über die Übertragung von Zuständigkeiten, sondern auch über Kooperationen, bei denen Geld fließt, und über Kompensationen für das, was sie der Französischen Gemeinschaft gewährt, verhandeln. Ein zurzeit hoch aktuelles und finanziell durchaus relevantes Thema sind die Schülertransportkosten.

Neue finanzielle Mittel stehen auch bei dem zu verhandelnden Abkommen mit der Provinz Lüttich an. Gestern noch hatte ich diesbezüglich ein rund zweieinhalbstündiges Gespräch mit dem Präsidenten des Provinzkollegiums. Dazu würde ich Ihnen jetzt gerne – genau wie ich das eben mit den Kontrollmaßnahmen für den ersten Anpassungshaushalt gemacht habe – einige Details sagen, aber leider fehlt mir dazu die Zeit. Eines kann ich Ihnen jedoch bestätigen: Das neue Abkommen wird in eine etwas andere Richtung gehen als die bisherigen. Wir werden unnötige Konflikte und Reibereien abbauen und einen wirklich trilateralen Ansatz wählen, d. h., dass die Gemeinschaft, die Provinz und die neun deutschsprachigen Gemeinden gemeinsam am Tisch sitzen und verhandeln werden. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen diesbezüglich zu einem späteren Zeitpunkt etwas mehr zu sagen.

Erfolgreiches Regieren in finanziell schwierigen Zeiten

Wie kann man in finanziell schwierigen Zeiten erfolgreich regieren? Das ist keine leichte Aufgabe, aber eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Zum Glück haben wir ein klares Konzept, eine Roadmap, ein GPS – oder wie man das auch nennen mag. Wir haben eine deutliche Regierungserklärung aus dem Jahr 2009 und

das REK, das klare Schwerpunkte setzt und über dessen Umsetzung wir nachvollziehbar, transparent und detailliert informieren.

Wenn man noch einen Beweis für die unseriöse Kritik des Kollegen Arimont erbringen müsste, dann bräuchte man nur seine am Montag zum REK gemachte Aussage zu zitieren, die im *GrenzEcho* vom 11. Dezember 2012 nachzulesen ist. Vielleicht wird er das aber auch wieder bestreiten. Zum REK sagte er Folgendes: „Wenn man sich das viel zitierte Regionale Entwicklungskonzept ansieht, gibt es quasi nichts, was nicht wichtig ist und umgesetzt wird.“ Wer so einen Unsinn erzählt, bei dem muss man davon ausgehen, dass er entweder bewusst lügt und die Menschen in die Irre führt oder sich noch nie mit dem Thema beschäftigt hat. Aus Achtung vor Ihnen möchte ich hoffen, dass die zweite Alternative zutrifft, Herr Arimont.

Auch bei der Finanzierung des REK haben wir uns angestrengt und transparent dargelegt, wie die Dinge stehen. 15,6 Millionen Euro sind dafür vorgesehen. Davon sind 2 Millionen Euro (13 %) noch nicht finanziell abgesichert. An der finanziellen Absicherung dieser 2 Millionen Euro werden wir natürlich weiterhin zielstrebig arbeiten.

Zum erfolgreichen Regieren gehört auch, sich mit den großen weltweiten Herausforderungen der Zeit zu beschäftigen. Dazu gehören der demografische Wandel, die Ressourcenknappheit, der Klimaschutz und die Globalisierung. Niemand sollte glauben, dass er der einzige ist, der sich mit diesen Themen beschäftigt, denn wir alle tun dies. Ich weiß nicht, wer von uns die meisten Bücher liest. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass es zu diesen Herausforderungen kaum etwas Relevantes gibt, was ich mir nicht durch die

entsprechende Lektüre anzueignen versucht habe. In der letzten Zeit habe ich drei Bücher gelesen. Ein hochinteressantes Buch stammt von dem amerikanischen Geografen Smith und trägt den Titel *Die Welt im Jahr 2050 – Die Zukunft unserer Zivilisation*. Der Autor dieses Buches darf also bis 2050 schauen; aber ich darf für die Verschuldung nicht bis 2038 schauen. ... (*Zwischenruf*) ... Ein weiteres interessantes Buch, dessen Autor ich sehr schätze, gerade weil er aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft kommt, trägt den Titel *Hat die Zukunft eine Wirtschaft?*. Der Autor heißt Norbert Nicoll. Er ist ein Pädagoge, der sich auch gesellschaftlich engagiert. In seinem Buch prophezeit er das Ende des Wachstums und weitere Krisen. Dieses Buch ist, wie gesagt, ebenfalls hochinteressant und enthält sehr viele gute Ansätze. Ein drittes Buch, das ich besonders interessant finde, weil es von einem strengen Kritiker der aktuellen Finanzwelt stammt, heißt *Irrweg Grundeinkommen – Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden*. Es wurde von Heiner Flassbeck geschrieben, der eine hohe Funktion bei der UNO ausübt, nachdem er Staatssekretär in der Regierung Schröder war. Es lohnt sich, das Buch zu lesen. Das Grundeinkommen sagt Ihnen doch bestimmt etwas. Dieses Buch ist jedenfalls sehr interessant.

Wie gesagt, wenn man sich dazu berufen fühlt, sollte man all diese Dinge auch im Parlament diskutieren. Wir müssen jedoch wissen, dass wir dabei für unsere Alltagsgestaltung nicht die Lösungen finden, die es uns erlauben, hier weiterhin erfolgreich zu regieren. Wir können zwar weltweit die Einzigen sein, die recht haben und alles anders machen, aber daran würde die Gemeinschaft scheitern und kläglich zugrunde gehen.

Es gibt meiner Ansicht nach jedoch eine große, konkrete Herausforderung, nach der wir unser politisches Handeln gestalten müssen. Sie steht im Grundsatzprogramm der SPD, das vor einigen Jahren in Hamburg verabschiedet wurde. Darin ist zu Recht die Rede von einem verantwortungsbewussten Umgang mit den beschränkten Ressourcen unseres Planeten und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.

Wie viele andere Körperschaften ist auch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stets bereit, auch hier in Ostbelgien Neuerungen einzuführen. Wir haben klare Vorstellungen von dem einzuschlagenden Weg und von dem, was möglich ist. Wir wissen genau, dass dieser Weg ein gemeinsamer Weg sein muss, auf den sich alle begeben, die nicht nur meckern und kritisieren, sondern auch anpacken und mitgestalten möchten. Dazu gibt es im Rahmen des ersten Umsetzungsprogramms des REK und demnächst auch im Rahmen der Vorbereitung des zweiten Umsetzungsprogramms vielfältige Möglichkeiten. Die neuen Zuständigkeiten, die auf uns zukommen werden, sind dafür ebenfalls eine sehr willkommene Gelegenheit.

Ich bin gerne bereit, die Anregung von Frau Franzen aufzugreifen, zusätzlich zu allen in Sachen Staatsreform bereits bestehenden Dialogmöglichkeiten noch eine weitere Plattform zu bilden, wenn sie sinnvoll ist und uns weiterbringt. Wie das im Einzelnen aussehen soll, müsste man in einem konkreteren Gespräch klären. Von großer Bedeutung ist jedoch, dass sich die Gemeinden, der WSR und insbesondere die Sozialpartner – die Gewerkschaften ebenso wie die Arbeitgeberorganisationen des kommerziellen und nicht-kommerziellen Sektors –, die organisierte Zivilgesellschaft und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger an der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen beteiligen können.

Wenn die Regierung weiterhin erfolgreich regieren möchte, muss sie auch dafür sorgen, dass ihr weiterhin der Spagat gelingt, zu dem sie aufgrund der Sparmaßnahmen gezwungen ist. Dem ist jetzt nichts Fundamentales mehr hinzuzufügen, denn das haben wir schon sehr oft besprochen. Für die Periode 2012 bis 2019 haben wir insgesamt bereits 68 Millionen Euro gespart, die Hälfte davon in der Infrastruktur und den Rest bei den Funktionskosten in den Ihnen bekannten Bereichen. Die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen zwingen uns jedoch, weitere Anstrengungen zu unternehmen. Ehe wir aber die Deutschsprachige Gemeinschaft schlechtreden oder die Regierung verunglimpfen, sollten wir uns einmal informieren, was in den anderen Gemeinschaften und Regionen geschieht, denn dort gibt es echte Gehaltskürzungen, was bei uns nicht der Fall ist, wie Kollege Paasch eben sehr detailliert erläutert hat.

Der Unterschied zwischen Funktionskosten und Infrastrukturausgaben

Ebenfalls von fundamentaler Bedeutung für unser Regieren ist, dass wir den Unterschied zwischen Infrastrukturausgaben und laufenden Ausgaben machen. Darüber kann man Witze machen oder im Detail geteilter Meinung sein, aber diese klare Differenzierung ist ein Grundpfeiler seriösen Handelns. Wer laufende Ausgaben nicht von Infrastrukturausgaben unterscheiden kann, dem fehlt die Grundvoraussetzung, um überhaupt die Regierungsgeschäfte abwickeln zu können. Unsere Grenze steht fest: Durchschnittlich 15 % der verfügbaren Haushaltsmittel werden jährlich für Infrastrukturausgaben vorgesehen. Wir berechnen diese 15 % jetzt auf die Gesamtausgaben. Ich dachte, Frau Franzen damit entgegengekommen zu sein. Jetzt möchte sie es wieder anders, aber wir bleiben jetzt dabei ...

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Ich habe es immer genau so gesagt!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... und berechnen die 15 % auf die Gesamtausgaben. Dass in den Jahren 2012 und 2013 ein größerer Betrag nötig ist, hängt alleine von der Einmalzahlung für das PPP-Projekt ab, die man entsprechend auf die Dauer des Projekts verteilen müsste, um den jährlichen Betrag einschätzen zu können. Durch die Schaffung des neuen Organisationsbereichs 70 entsteht neue Transparenz. Ich hoffe, dass alle das zu schätzen wissen. In punkto laufende Ausgaben haben meine Kollegen für ihre Bereiche bereits das Wichtigste gesagt. In Bezug auf die Gemeinden, für die ich als Fachminister zuständig bin, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es seit der Übernahme dieser Zuständigkeit auf allen Ebenen erhebliche Verbesserungen gegeben hat und dass die Deutschsprachige Gemeinschaft, allen Sparmaßnahmen zum Trotz, zwischen 2005 und 2012 immerhin noch 2,4 Millionen Euro mehr an die Gemeinden überweist, als sie dafür von der Wallonischen Region bekommt.

Das Märchen von den langen Wartezeiten in punkto Auszahlung der Gelder von der Gemeinschaft an die Gemeinden habe ich bereits am Montag in der mündlichen Frage von Herrn Cremer zur Gemeindeaufsichtsbehörde und zur Erhöhung der Steuern und Gebühren in der Gemeinde Burg-Reuland beantwortet.

Dass wir mit unserer Gemeindeaufsicht sehr behutsam vorgehen, lässt sich an folgenden Zahlen dokumentieren: Von den 2.009 eingereichten Beschlüssen und den 1.689 Beschlüssen, die wir in all den Jahren bis 2011 detailliert geprüft haben, wurden 5 annulliert. Das sind 0,17% der geprüften Beschlüsse. In diesem Jahr gibt es eine weitere Annullierung.

In der Infrastrukturpolitik haben wir in den letzten anderthalb Jahrzehnten bedeutende Anstrengungen unternommen und stehen nun vor einem Paradigmenwechsel, dessen Grundlagen ich bereits bei der Vorstellung des Haushalts dargelegt habe. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir von 1999 bis 2012 2.200 Projekte und damit – wenn man die Kapitaldotationen hinzuzählt – Investitionen von insgesamt 533,1 Millionen Euro ermöglicht haben. Darin sind 422,6 Millionen Euro (79,3%) an finanziellen Mitteln von der Deutschsprachigen Gemeinschaft enthalten. Von dieser gewaltigen Summe bleiben zum jetzigen Zeitpunkt noch 88 Millionen Euro als offene Mittelbindungen (*encours*) aus Verpflichtungsermächtigungen, 131 Millionen Euro mit den dazugehörigen Zinsen für alternative Finanzierungen und die Finanzierung des PPP-Projekts mit jährlich 11 Millionen Euro für Erstinvestition, Reparaturinvestition und Funktionskosten. Darin besteht in einigen Worten der Abbau des Infrastrukturstaus.

Wenn wir in der Endphase gewisse Projekte beschleunigt haben, u. a. das Projekt Kloster Heidelberg und die Renovierung vom Haus Peters im Bellmerin, hat das auch etwas damit zu tun, dass Investitionen dieser Größenordnung nach Inkrafttreten des Fiskalpakts, den wir vor Kurzem im Parlament hinterlegt haben, selbst bei besseren finanziellen Voraussetzungen bedeutend schwieriger werden. Deshalb konnten und wollten wir die beiden genannten Projekte nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Wenn diese Projekte bis 2014 nicht in trockenen Tüchern sind, dann können sie in den nächsten 15 Jahren nicht mehr verwirklicht werden und dann liegen die beiden Gebäude endgültig in Trümmern. Wer das nicht glaubt, dem kann ich die technischen Einzelheiten gerne im Detail erklären.

Auch beim PPP-Projekt haben wir einen richtigen Quantensprung gemacht, der genauso außergewöhnlich war wie die Aufholjagd bei allen Infrastrukturen. Wie außergewöhnlich es ist, dass der Lehrkörper sowie die Schülerinnen und Schüler in Eupen dank des PPP-Projekts in hochwertigen Gebäuden untergebracht werden, ist mir nochmals klar geworden, als ich am vergangenen Sonntag anlässlich des SPD-Parteitags in Hannover neben meinem Kollegen Paasch saß und der SPD-Bundestagsabgeordnete Peer Steinbrück sagte, er wolle alles Mögliche tun, damit in Deutschland – das ja kein Entwicklungsland ist – die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Situation so zu verbessern, dass man in den Ortschaften die Schulen nicht mehr daran erkennt, dass es die verfallensten Gebäude sind. Wenn man durch die Bundesrepublik Deutschland fährt, kann man durchaus nachvollziehen, warum er das sagt. Das ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz anders.

Der Energieeffizienzschub

Ganz anders wird es hier auch werden, wenn wir einmal mit unserem Energieeffizienzschub begonnen haben. Die ECOLO-Fraktion kritisiert, dass die Sache ihr zu langsam voranschreitet. Sie kann dies kritisieren, aber wir können nicht zügiger voranschreiten, denn wir wollen systematisch vorgehen und die Sache richtig angehen. Bei den Gemeinden, die gerade in diesen etwas bewegten Zeiten vor allem auf Verwaltungsebene an diesem Projekt mitgearbeitet haben, möchte ich mich bereits jetzt für ihre große Kooperationsbereitschaft bedanken. In puncto Energieeffizienz werden wir ein tolles Projekt auf den Weg bringen und dafür sorgen, dass es finanzierbar ist. Letzteres wird geschehen, indem neue Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden. Auch dazu könnte man viel sagen. Ich werde mich jedoch sehr kurzfassen. Wir brauchen mehr Revolving-Instrumente, d. h. Gelder, die zurückgezahlt werden, wie etwa das Drittinvestor-System bei Energieeinsparungen. Wir müssen auch die sogenannten Kategorie-8-Ausgaben, d. h. Beteiligungen und Darlehen, verstärkt einsetzen. Gerade dabei wird die PROMA AG in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Ich bin sehr froh, dass wir heute im *GrenzEcho* genau wie in den Antworten auf die schriftlichen Fragen Nr. 107 und 108 lesen können, was damit eigentlich gemeint ist. Damit verfügen wir über ein wichtiges Instrument, das wir sehr zielbewusst einsetzen werden.

Wir sollten auch den Versuch unternehmen, die Menschen in Ostbelgien davon zu überzeugen, dass es sinnvoll sein kann, die Ersparnisse in Initiativen zu investieren, die vor Ort insbesondere im Bereich der Energieeinsparung stattfinden. Dafür müssen jedoch sehr viele Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden. Auf keinen Fall darf politisiert werden. Wir müssen dafür Experten ans Werk lassen. Frau Franzen, ich bin gerne bereit, mit Ihnen ausführlich darüber zu diskutieren. Meine Bibel – wenn ich es einmal im übertragenden Sinne sagen darf – in dieser Angelegenheit ist das hervorragende Buch von Professor Gege über Finanzierungskonzepte in der Form von Zukunftsfonds.

Ganz wichtig für die Zukunft unserer Gemeinschaft ist das Einsetzen aller hier vorhandenen Ressourcen für ein einziges Ziel, und zwar für die Stärkung des Standorts Ostbelgien. Erfolgreiche Regionen sind die, die vor Ort tief verwurzelt und nach außen hin gut vernetzt sind. So entstehen prächtige Bäume mit sehr viel Substanz. Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft braucht solche Initiativen und einen solchen Ruck, der den gebündelten Einsatz aller Zuständigkeiten und vorhandenen Kräfte fordert. Mit dem zweiten Umsetzungsplan des REK und mit den Konzepten zu den neuen Zuständigkeiten wird die Regierung dazu ihren Beitrag leisten.

Der Standort Deutschsprachige Gemeinschaft

Hiermit richte ich einen Appell an alle Willigen und Bereiten, aber auch nur an die, denn man muss schon willig und bereit sein. Am besten sollte man auch in der Lage sein, aber das kann man großzügiger beurteilen. Man muss vor allem willig und bereit sein, anzupacken und seine Energie nicht in sterile Diskussionen über frustrierende Dinge und ins Herumnörgeln zu investieren, sondern in die Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinschaft. Da liegen die Chancen und nirgendwo anders. In dieser Hinsicht ist der gestern vollzogene Schritt unseres hiesigen Arbeitgeberverbands ein sehr zukunftsstüchtiger. Der Arbeitgeberverband bekennt sich ohne Wenn und Aber zu einem Belgien zu viert, weil die Arbeitgeber verstanden haben, dass das die einzige Möglichkeit ist, die hiesigen Standortchancen optimal zu nutzen. Das darf nicht heißen, dass man sich abkapseln soll. Im

Gegenteil, man muss sich in die Lage versetzen, unter gleichberechtigten Bedingungen kooperieren zu können, so wie das andere auf der Welt ebenfalls tun. Das Motto „Dynamische Arbeitgeber für eine starke Region“ ist etwas, was die Regierung uneingeschränkt unterschreiben kann und zu dessen Verwirklichung sie gerne beiträgt.

Der Vorsitz der Euregio Maas-Rhein

Eine ebenso große Opportunität ist der anstehende Vorsitz bei der Euregio Maas-Rhein. Da können wir unsere Trümpfe als Region mit Gesetzgebungshoheit vollständig ausspielen, so wie es der Städteregionsrat Etschenberg vor wenigen Tagen anlässlich der Vorstellung des Technologieatlasses – die übrigens in Gospert 42 stattgefunden hat – noch einmal sehr eindrucksvoll dargelegt hat. Im Rahmen der Euregio Maas-Rhein werden wir ein historisches Zeitfenster von drei Jahren haben, um nachhaltige Verbesserungen einzuführen und um unsere eigene Situation zu stärken, denn genau wie die Verlegung des Verwaltungssitzes der Euregio Maas-Rhein von Maastricht nach Eupen werden wir auch die Präsidentschaft der Euregio Maas-Rhein nicht aus irgendwelchen Selbstdarstellungsgründen engagiert und intensiv ausführen, sondern weil wir wissen, dass es dabei auch um die Zukunft der Menschen in Ostbelgien geht. Die Zukunft der Menschen in Ostbelgien muss bei allem im Vordergrund stehen, wenn es um unseren Platz in Belgien und in Europa geht.

Ein halbes Jahrhundert Autonomie

Wir haben nun fast ein halbes Jahrhundert Autonomie hinter uns. In dieser Zeit ist Wertvolles geleistet worden. Diejenigen, die es wahrhaben möchten, haben erkannt, welche riesigen Zukunftschancen dank der Autonomie in Ostbelgien für unsere Kinder und Kindeskiner entstanden sind; Chancen, die auch die Stärken des Kleingliedstaats und die damit verbundenen Voraussetzungen für eine wirkliche Mitmachgemeinschaft beinhalten. Diese Gestaltungsaufgaben beinhalten gewaltige Herausforderungen. Ich selbst habe nun seit fast vier Jahrzehnten in unterschiedlichen Funktionen unentwegt an der Gestaltung dieser Aufgabe mitwirken können und tue das seit 1990 hauptamtlich als Regierungsmitglied. In diesen 22 Jahren ist Tolles geleistet worden, vieles ist aber auch schwieriger geworden. Jedoch bin ich heute genauso wie am ersten Tag von dieser Aufgabe begeistert. Daran muss Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr gearbeitet werden. Meine politische Lebenserfahrung, die mit Sicherheit mittlerweile größer ist als meine politische Lebenserwartung – diesbezüglich möge man sich jedoch keine falschen Hoffnungen machen ... (*Allgemeines Gelächter*) ... hat mich gelehrt, dass man ständig am Ball bleiben muss, dass man die Ärmel hochkrempeln und mit anpacken muss, dass Meckern und Herumkritisieren nichts nützt, sondern nur demotiviert, dass wir den Blick nach vorne richten müssen und uns nicht von falschen Hindernissen einschüchtern lassen dürfen. Wir dürfen uns unsere Gemeinschaft nicht kaputtreden lassen, und das werden wir auch nicht, denn dafür ist sie viel zu wertvoll! Für diejenigen, die dafür noch ein Argument brauchen, möchte ich mit einem Zitat von Kafka abschließen:

„Verbringe nicht die Zeit mit der Suche nach einem Hindernis.
Vielleicht ist keines da.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (*Applaus bei der SP, der PFF und ProDG*)